

02.04.01

Unterrichtung

**durch das
Europäische Parlament**

EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zur Entführung von portugiesischen Staatsbürgern in Cabinda

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 107382 - vom 29. März 2001. Das Europäische Parlament hat die EntschlieÙung
in der Sitzung am 15. März 2001 angenommen.

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Entführung von portugiesischen Staatsbürgern in Cabinda

Das Europäische Parlament,

- A. in der Erwägung, dass am 24. Mai 2000 die portugiesischen Staatsbürger Sérgio Alves Fidalgo, Manuel da Mota Nunes und Marco da Costa Santos auf dem Territorium von Cabinda in der Volksrepublik Angola von der Befreiungsfront Cabindas (FLEC) entführt wurden,
- B. in der Erwägung, dass am 9. März 2001 fünf weitere portugiesische Staatsbürger, David Jesus Monteiro, Adriano Moreira Dias, Augusto da Nova, Gabriel Faria Pinto und Augusto Pires verschwunden sind, die nach den bislang zur Verfügung stehenden Informationen von der Gruppe FLEC-Renovada entführt wurden,
- C. mit der Feststellung, dass sich diese Staatsbürger in Ausübung ihrer Berufstätigkeit in diesem afrikanischen Gebiet befanden und nichts mit dem politischen Konflikt zu tun haben, der in Angola weiter andauert,
- D. in der Erwägung, dass unterdessen neun Monate seit der Entführung der erstgenannten Personen vergangen sind und dass sie alle als Geiseln festgehalten werden, um Druck auf die Regierung der Volksrepublik Angola, auf Portugal und im Allgemeinen auf die Völkergemeinschaft ausüben zu können,
- E. besorgt über die Gefangenschaft dieser portugiesischen Staatsbürger, von denen drei vor neun Monaten gefangenengenommen wurden, was schwerwiegende Auswirkungen auf ihre physische und psychische Gesundheit hatte,
- F. in der Erwägung, dass es sich um eine eindeutige Menschenrechtsverletzung handelt, die durch keine politische Forderung gerechtfertigt ist und von der Staatsbürger der Europäischen Union betroffen sind,
- G. in der Erwägung, dass die Europäische Union dem Grundsatz der Achtung der Menschenrechte fundamentale Bedeutung beimisst, und dass die Freilassung der portugiesischen Geiseln auf Grund ihrer humanitären Bedeutung eine Geste darstellen sollte, die von der Völkergemeinschaft positiv aufgenommen wird,
 - 1. fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung der portugiesischen Staatsbürger, die als Geiseln festgehalten werden;
 - 2. verurteilt die Geiselnahme als Instrument der politischen Aktion;
 - 3. ermahnt die Regierungen, die internationalen Organisationen und die Nichtregierungsorganisationen, an den seit dem Zeitpunkt ihrer Entführung laufenden Initiativen mitzuarbeiten und alle nur möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Freilassung der Geiseln zu erreichen; dazu sollen sie Druck auf die Verantwortlichen ausüben, die ungehindert in ihren Ländern tätig sind, damit sie begreifen, dass Entführungen und Geiselnahmen von ausländischen Staatsbürgern, die überhaupt nichts

mit den lokalen politischen und militärischen Konflikten zu tun haben, als politisches Druckmittel zur Erfüllung irgendwelcher Forderungen inakzeptabel sind;

4. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, der Regierung und der Nationalversammlung der Volksrepublik Angola, den Vereinten Nationen und der Führung der Befreiungsfront Cabindas (FLEC) und der FLEC-Renovada zu übermitteln.